

blick nach rechts

Z 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 10 15. Mai 1996

➔ **Neuer Historikerstreit?** Seite 2

Über die Goldhagen-Thesen zum deutschen Antisemitismus ist bereits im Vorfeld eine heftige Debatte entbrannt. Fachleute sind mit ihrem Lob allerdings zurückhaltend.

➔ **Antisemitische Propaganda** Seite 3

Unter dem Deckmäntelchen der Esoterik vermarkten bundesdeutsche Verlage ein übles Gebräu von abstrusen Weltverschwörungstheorien und rechtsextremen Lügengebilden.

➔ **Der Kriegsverbrecher- prozeß in Tokio** Seite 6

Vor 50 Jahren mußten sich hohe japanische Staatsbeamte und Offiziere wegen gräßlicher Verbrechen vor einem Internationalen Militärtribunal verantworten.

➔ **Gedenkfeiern** Seite 11

In der österreichischen KZ-Gedenkstätte Mauthausen wurde der 51. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers mit einer Feierstunde begangen.

Tagebuch Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Heftige Debatten über eine Buchveröffentlichung:

Ein neuer Historiker- streit?

„Keine Kameraden - Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941 - 1945“ hatte der junge deutsche Historiker Christian Streit 1978 seine Untersuchung über die Massensterben an sowjetischen Soldaten - speziell an jüdischen - in deutscher Gefangenschaft genannt. Das Buch erschien vor 18 Jahren - 1978 - in Stuttgart und löste bei ehemaligen deutschen Soldaten einen Sturm der Entrüstung aus. Da werde die Ehre des Soldaten in den Schmutz gezogen. Deutsche Frontkämpfer hätten sich nie und nirgendwo an Massentötungen beteiligt. Der Sturm ebte ab, weil Streit überprüfbare Fakten publiziert hatte.

Zwei Jahre später, 1980, wurde Prof. Helmut Krausnick, lange Zeit Direktor des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, 75 Jahre alt. Schüler verfaßten aus diesem Anlaß eine Festschrift mit dem Titel „Miscellanea“. Hans-Heinrich Wilhelm nannte seinen Beitrag „Wie geheim war die „Endlösung“?“ Die Antwort erregte die Gemüter weniger als nach der Arbeit von Christian Streit. In der Fachwelt reagierte man indes entsetzt. Wilhelm konnte nachweisen, daß Einheiten von Wehrmacht, Marine und Luftwaffe freiwillig bei Massentötungen an Juden mitgemacht haben, weil sie Langeweile hatten.

„Herrliche Zeiten“ nannten Willi Dreßen, Staatsanwalt in der „Zentralen Stelle“ in Ludwigsburg, und der Berliner Zeitgeschichtler Prof. Wolfgang Scheffler wenig später ihre Text-Bilddokumentation über lustige Feiern von SS, Polizei und Wehrmacht nach Massakern an Juden. Der Titel stammte von einem Fotoalbum mit Originalaufnahmen jener grausigen Szenen. Tausende hatten mitgemordet.

„Ganz normale Männer“ hieß danach die Dokumentation des amerikanischen Historikers Christopher Browning, in der er zeigte, wie das Polizeibataillon 101 mordend durch die okkupierten Gebiete im Osten zog.

„Himmlers grüne Helfer - Die Schutz- und Ordnungspolizei im „Dritten Reich“ schließlich weitete 1990 den Kreis der Täter auf die gesamte Polizei aus.

Kein Lob von Fachleuten

Nun hat der amerikanische Historiker Daniel Jonah Goldhagen mit seinem Buch „Hitlers Willing Executioners“ das Thema erneut bearbeitet. Es werde, so Volker Ulrich Mitte April als Aufmacher in der ZEIT, einen neuen Historikerstreit auslösen. Viele Zeitungen griffen das Thema auf, freilich ohne das Buch in deutscher Übersetzung gelesen zu haben. Die kommt nämlich erst im August. Es wird also etwas vorhergesagt, ohne die Quelle zu kennen. Gewiß, im Dossier der ZEIT konnte man im April übersetzte Auszüge lesen, doch die brachten kaum etwas, das die Prognose eines neuen Historikerstreits rechtfertigen könnte. Goldhagen hat vermutlich weitere Beweise dafür gefunden, daß der Kreis der Täter und Gehilfen bei der Armee, den KZ-Schergen, Einsatzkommandos und der Polizei riesengroß war. Aber neu ist das nicht, wie die oben genannten Buchtitel zeigen.

Länger als ein Jahr hat Goldhagen in der „Zentralen Stelle“ in Ludwigsburg Akten und Zeugenaussagen gelesen. Er ist Kenner der NS-Zeit. Seine Abschlusssarbeit als Student war eine Biographie des SS-Generals Otto Ohlendorf, dem Chef der Einsatzgruppe D, die mindestens 90.000 Menschen im Süden der UdSSR ermordet hat. Im „Einsatzgruppenprozeß“ in Nürnberg wurde Ohlendorf von einem amerikanischen Militärgericht zum Tode verurteilt und am 8. Juni 1951 in Landsberg hingerichtet. Goldhagens neues Buch sei sehr lesenswert, enthalte auch neue Erkenntnisse, bescheinigen ihm Prominente wie Elie Wiesel.

Ausgewiesene Zeitgeschichtler sucht man freilich vergeblich unter denen, die Goldhagen über den grünen Klee loben. Norbert Frey, lange Zeit Mitglied des Instituts für Zeitgeschichte in München und derzeit Fellow am Wissenschaftskolleg in Berlin, schloß seine Bewertung Mitte April in der „Süddeutschen Zeitung“ mit dem Satz: „Vielleicht ist es kein Zufall, daß unter denen, die das Werk zum Zwecke seiner mediengerechten Einführung mit zitierfähigem Vorab-Lob bedachten, keine Fachleute sind“. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Heiner Lichtenstein

Unter dem esoterischen Deckmäntelchen:

Antisemitische Propaganda

Die Basler Staatsanwaltschaft hat im Januar auf eine Strafanzeige hin ein Buch beschlagnahmt, weil es möglicherweise gegen das Antirassismus-Gesetz verstößt. Von den zuständigen Behörden wurde Ende April der Fall an die Bundesrepublik übergeben, da der Buchautor aus der Bundesrepublik stammt.

„Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert“, so der Titel des bisher in zwei Teilen erschienen Werkes (rund 700 Seiten), wird in Buchhandlungen in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz verkauft und gilt als eines der populärsten Esoterik-Werke. Verleger ist der bundesdeutsche „Ewert-Verlag“ (26899 Rhede), der sich der Gattung der Verschwörungsliteratur verschrieben hat. Mit „pseudowissenschaftlichen Belegen und unter dem Deckmantel der Esoterik“, so das Magazin FOCUS, verbreitet der Autor „Jan van Helsing“ übelste „antisemitische Propaganda“. Aufgewärmt wird die Mär, daß „das Judentum“ Deutschland im März 1933 den Krieg erklärt habe, ebenso wie das Lügengebilde der Ermordung von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß durch den britischen Geheimdienst. Selbst die „Protokolle der Weisen von Zion“, eine populäre antisemitische Fälschung, werden über Seiten hinweg zustimmend zitiert. Die Juden werden für den Ausbruch des zweiten Weltkrieges verantwortlich gemacht, der Holocaust gezeugnet ...

Romanfigur aus „Dracula“

Seine antisemitischen Verschwörungstheorien darf Helsing auch regelmäßig in der zweimonatlich erscheinenden Zeitung „Die andere Realität“ (Untertitel: Wissenschaftliche Zeitung über parapsychologische/esoterische Erkenntnisse) verkünden. Herausgegeben wird das im 14. Jahrgang erscheinende Blatt (Auflage nach Eigenangaben: 20.000 Exemplare; Vertrieb über Abos und den Offenen Handel) von der im nordrhein-westfälischen Gladbeck ansässigen „Akademie für Esoterik e.V.“.

In einem Gespräch mit der Redaktion soll sich Helsing zwar „ausdrücklich von (...) rechtsextre-

mistischen Gruppen distanziert“ haben. Dies hindert ihn jedoch nicht daran, sich in seinen Ausführungen auf notorische Antisemiten zu beziehen - so auch in der jüngsten Ausgabe der „anderen Realität“ (April/Mai), wo sich Helsing auf den Rechtsextremist Tjudar Rudolph beruft. Dieser leitete zeitweilig die Redaktion der antisemitischen Hetzpostille „HALT“ des nach Spanien geflüchteten österreichischen Neonazis Gerd Honzik. Rudolph wirft den bundesdeutschen Behörden vor, die „deutschen Gesetze im Sinne Israels und des Mossads“ umgedreht und durch „israelische Interpretationen“ ersetzt zu haben.

Helsing (29) selbst war nach eigenem Bekunden in seiner Jugend ein „Punk-Rocker“ und beim „Schwarzen Block“ in der Düsseldorfer Hausbesetzerszene aktiv. Sein Pseudonym geht auf eine Figur in Bram Stokers Roman „Dracula“ zurück.

Anzeigen schaltet in der „anderen Realität“ u.a. die „Edition Pandora“ aus dem Hause des bayrischen „Michaels Verlages“. Die Edition greift, wie in Prospekten zu lesen ist, die Frage nach „geheimer Weltregierung, neuer Technologie, außerirdischer Intelligenz, Macht und Manipulation“ auf. Neben den Werken von Helsing wird u.a. Literatur zur Hohlwelttheorie an den Mann und die Frau gebracht. Die Hohlwelttheorie entfaltete sich in den 30er Jahren zu ihrer ersten großen Blüte und genießt heute in Kreisen esoterischer Nazi-Spinner um den Chilenen Miquel Serrano eine große Beliebtheit. Kopf des Michaels Verlages ist der grüne Ortsvereinsvorsitzende Uli Heerd.

Helsing bietet, wie die rechtsextreme Monatszeitschrift „Nation+Europa“ in einer Rezension schreibt, „in der Substanz nichts Neues“. Doch seine Vermischung von abstrusen Weltverschwörungstheorien mit rechtsextremen Lügengebildern zu einem Einheitsbrei, stößt auf ein begeistertes Publikum. So beziffert der „Michaels Verlag“ allein die Auflage des ersten Bandes von „Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert“ auf 70.000 Exemplare; gefolgt von Band 2 mit 20.000 Exemplaren. Ein dritter Band soll noch im Mai mit einer Auflage von 25.000 Exemplaren an den Start gehen.

Neben dem Michaels Verlag vertreibt auch der Nürnberger Andromeda-Verlag von Peter Herrmann die Machwerke von Helsing. Auch dieser Verlag hat sich in puncto Geheimgesellschaften und Ufos spezialisiert.

Herrmann war im Februar bei einem UFO-Kongreß im Hotel Nova Park in Zürich zugegen. Veranstalter war eine im schweizerischen Kloten ansässige „Atlantic Foundation“ (Auszug aus der Selbstdarstellung; „Atlantic Foundation wurde durch das Medium Acedaih Dafi ins Leben gerufen. In einer Vision erhielt sie die Botschaft, im Sinai in Ägypten eine der ehemaligen wissenschaftlichen Lern- und Heilungsstätten von Atlantis zu rekonstruieren.“) Zum Thema „Das Vril Projekt, Demnächst Endkampf um die Erde?“ referierte der Nazi-Ufo-Esoteriker Norbert J. Ratthofer, Mitautor der Videofilme „Geheimnis des 3. Reichs“ und „UFOs - das 3. Reich schlägt zurück“, die Helsing in seinem Quellenverzeichnis aufführt.

Anton Maegerle

Aufruf zur Gewalt

Lincoln/USA - „Das Maß ist voll - Wir schlagen zurück“ propagierte eine Sonderausgabe (Nummer 116) des „NS-Kampfruf“, der „Kampfschritt“ der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP/AO) anlässlich der Prozeßeröffnung gegen Gary Lauck. Unverblümt werden der „Bonner Judenrepublik“ militante Aktionen angekündigt: „Wir werden es hier tunlichst vermeiden die Masse der Nationalsozialisten zu bewaffneten Aktionen aufzufordern, aber daß irgendetwas passieren muß, ist klar. Wir haben die Konfrontation mit dem Bonner System in dieser Form nicht gesucht, aber das System will es nicht anders und nun soll es unsere Entschlossenheit im Kampf um Deutschlands Freiheit zu spüren bekommen.“ Das neonationalsozialistische Blatt weiter: „Laßt die Bevölkerung sehen, daß es einen mit Entschlossenheit geführten Kampf gegen die Bonner Demokratiediktatur gibt, der von Härte und allen Mitteln der List und Hinterlist geführt wird!“ Erwartet wird von den „nationalsozialistischen Kämpfern“ im „Reichsgebiet“ mindestens eine „sinnvolle Aktion“. Die „Wahl der Mittel“ wird den Kameraden diktiert: „Nehmt euch ein Beispiel an den Partisanen des letzten Krieges. Die Zeit für den Aktiven Befreiungskampf ist reif.“ Hauptfeind ist das System“. Geworben wird im „NS-Kampfruf“ für „Einheit und Kampf“, einem Organ der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). Motto: „Gegen System und Kapital - Unser Kampf ist National!“ Gestaltet wurde der „NS-Kampfruf“ vom einem „Europa-Ausschuß der NSDAP/AO“.

Eine Untersuchung an hessischen Hochschulen:

Studenten wünschen „starken Staat“

Einen verstärkten Trend nach rechts unter Studenten der Hochschulen des Bundeslandes Hessen haben Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt/Main registriert. Die Wissenschaftler Dr. Gerd Paul und Dr. Alex Demirovic stellten auf der Grundlage einer von ihnen durchgeführten Umfrage fest, daß 15 Prozent rechtsextreme Haltungen einnehmen, auch wenn sie sich nicht öffentlich artikulieren und politisch engagieren. 30 Prozent der Jungakademiker vertraten die Ansicht, daß ein „starker Staat“ oder eine „starke politische Führung“ zur Lösung drängender politischer Probleme erforderlich seien.

Einen „Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit“ verlangen 28 Prozent der hessischen Studenten. Etwa die Hälfte derer, die einen „Schlußstrich“ fordern, treten für die „Stärkung der nationalen Identität der Deutschen“ ein. Zwölf Prozent meinten, es müsse umgehend etwas gegen die „Überfremdung in Deutschland“ getan werden; 35 Prozent wandten sich gegen die Einführung des Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer. Die Frankfurter Sozialwissenschaftler stellten bei drei Viertel der Studierenden „Politikverdrossenheit“ fest. Als Grund für „politische Abstinenz“ wurde auch angeführt, ein öffentliches Engagement würde die beruflichen Aussichten beeinträchtigen.

Die Sozialwissenschaftler Paul und Demirovic, die ihre Untersuchung in dem Buch „Demokratisches Selbstverständnis und die Herausforderung von rechts, Student und Politik in den 90er Jahren“ im Campus Verlag Frankfurt (Main)/New York vorlegen, betonen: „Offensichtlich immunisiert die akademische Bildung nicht grundsätzlich, wie noch in den sechziger Jahren gehofft wurde, gegen antidemokratische Ideologeme“. Dies gelte in besonderem Maße für die Fachgebiete Wirtschafts-, Ingenieurwissenschaften und Jura. In diesen Bereichen, aus denen „sich vor allem das Personal für Führungspersonen rekrutiert, lassen sich antidemokratische und rechte Ideologeme häufiger feststellen als unter Studierenden vor allem der Sozial- und Kulturwissenschaften“.

Rudolf Schwinn

KOMMENTAR

Die 68er und der Holocaust

Mit dem Bild, das sich der kleine Moritz von einem Präsidenten bzw. einer Präsidentin macht, sind Temperamentsausbrüche schwer vereinbar. Es ehrt die Bundestagspräsidentin, Frau Prof. Rita Süßmuth dennoch, daß sie auf dem Kölner Kongreß über jüdisches Leben in Deutschland nach 1945 (vgl. BNR 8/96 S.10) gegen „modische Kritik“ bekannte, erst im Gefolge des um das Jahr 1968 einsetzenden Aufbruchs sei die Aufarbeitung des Holocaust nachdrücklich in Gang gekommen.

Eine solche Verteidigung der 68er-Bewegung mußte absehbar Widerspruch auslösen. Es ist auch nicht von ungefähr, daß die Frankfurter Allgemeine Zeitung dies als „absonderliche These“ wertete, hatte doch gerade dieses Kluge-Köpfe-Blatt an vorderster Front derer gestanden, die die 68er Bewegung, wie es die Präsidentin rügte, „abqualifizierten; dies auch indem es Herrn Nolte breiten Raum für die Ausbreitung seiner Versuche zur Reinwaschung des Nationalsozialismus einräumte.

Die Ereignisse nach 1968 auf eine „Studentenrevolte“ zu reduzieren, wie es der Kommentator der FAZ tut, wirkt denn wie eine *petitio principii* und verstellt den Blick auf die Diskussionsprozesse, die mithalfen die nach breiter Überzeugung für die Spätzeit von Bundeskanzler Konrad Adenauer festzustellende Verkrustung aufzubrechen. Figuren mit hohem Unterhaltungswert wie Teufel oder Langhans oder der mit Namen wie Meinhof und Baader verbundene Weg in den Terrorismus ist nicht der Kern der maßgeblich von Studenten getragenen Bewegung. Unverständlich und aus dem tatsächlichen Verlauf nicht begründbar ist auch der Vorwurf der FAZ, „die Inflation der Faschismustheorien im Gefolge der Studentenrevolte hat ... den moralischen Diskurs über den Judenmord abgeschnitten.“ Natürlich hat es von diesen,

wie von anderen Theorien allzu viele gegeben, aber richtig bleibt doch, daß die Jungen sich damals nicht bereit fanden, die von ihren Vätern und Müttern vorgelebte Distanzierung von ihrer eigenen Biographie der Jahre 1933 bis 1945 zu akzeptieren. Dies hatte zweifellos Folgen für die Lehrinhalte des Geschichtsunterrichts, wie es auch Bereitschaft förderte, vor Ort nach den Spuren jüdischen Lebens, der eigenen Verwicklung in die Vernichtungspolitik der Nazis zu suchen und den Dialog mit Überlebenden aufzunehmen. Die Studentenbewegung, die ja nicht auf Deutschland beschränkt war, brachte allerdings darüber hinaus einen entscheidenden Impuls für den Versuch der Liberalisierung und einer gesellschaftlichen Veränderung, aus dem Willy Brandt das Leitmotiv „mehr Demokratie wagen“ für seine 1969 begonnene Reformpolitik bezogen hatte.

Dies rückgängig zu machen und zu den vor 1968 gängigen Orientierungen und Weltbildern - unter Einschluß der Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus - zurückzukehren, ist das Ziel jener, die eine 89er-Bewegung zu etablieren suchen. Dazu wird das Jahr 1968 zunächst in eine Reihe gestellt mit den Katastrophenjahren der deutschen Geschichte 1918, 1933 und 1945. Wenn es gelungen ist, die Bewegung insgesamt als „antizivilisatorisch“ (Wolffsohn), „multikulturell-kriminell“ (Graw) abzuwerten, die „Dauerretrospektive Drittes Reich“ (Meier-Bergfeld) zu beenden, wird der Weg frei sein für den Neuanfang, die Rückkehr zur „Normalität“ und das Ende des deutschen Sonderweges sowie die Gewinnung eines neuen Nationalgefühls. Da macht es denn nichts aus, zur Lösung von Problemen bis hin zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland mit der Rücknahme sozialer Errungenschaften auch gleich alle „demokratisch-partizipatorischen Normen“ für überholt zu erklären. Nötig ist, wie Michael Schneider (Friedrich-Ebert-Stiftung) richtig sagt, die Rückgewinnung eines neuen liberal-demokratischen Grundkonsenses, der die ernsthafte Auseinandersetzung mit den von der Neuen Rechten aufgegriffenen Problemen voraussetzt.

Klaus-Henning Rosen

Vor 50 Jahren begann der
Prozeß gegen japanische
Kriegsverbrecher:

Im Schatten von Nürnberg

Der 3. Mai 1946 war im Nürnberger Justizpalast ein ruhiger Tag. Vormittags stand der ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht im Mittelpunkt der Hauptverhandlung vor dem Internationalen Militär-Tribunal (IMT), nachmittags Walther Funk, der NS-Wirtschaftsminister. Schacht wurde freigesprochen, Funk erhielt lebenslang, war aber bereits 1957 wieder ein freier Mann. Er wurde wegen Krankheit entlassen und starb drei Jahre später in Düsseldorf. Wenig los in Nürnberg also an diesem Tag. Dennoch suchte man am folgenden Tag vergebens Reportagen oder lange Berichte in den Tageszeitungen über ein international besetztes Gericht, das am selben Tag in Tokio zur ersten Sitzung zusammengetreten war: das Internationale Militärtribunal für den Fernen Osten (IMTFE). Vom 3. Mai 1945 bis zum 12. November 1946 mußten sich vor diesem Gericht 25 hohe Staatsbeamte und Offiziere wegen gräßlicher Verbrechen verantworten, die zwischen 1928 und 1945 in von Japan besetzten Staaten begangen worden waren. Es handelte sich um Ministerpräsidenten, Außen-, Kriegs-, Marine-, Wirtschafts- und Finanzminister, einen Admiral, Botschafter und Generale. Der Hauptverdächtige fehlte allerdings: Kaiser Hirohito. Die USA, in Nürnberg wie in Tokio federführend, vertraten die Auffassung, mit dem Kaiser als Angeklagtem würden die religiösen Gefühle der Japaner verletzt. Der Kaiser war damals in Japan Oberhaupt der Staatsreligion.

Kriminelle Clique

In den 55 Punkten der Anklageschrift ging es nicht wie in Nürnberg um Völkermord, sondern z.B. um die Todesmärsche mit tausenden von toten amerikanischen Kriegsgefangenen, Massakern unter der Zivilbevölkerung, Massenvergewaltigungen und die Ermordung indonesischer Krankenschwestern. Die Richter und Staatsanwälte kamen aus den elf Staaten, vor denen Japan kapituliert hatte. Vorsitzender Richter war ein Australier.

Der Chef der Zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg, Oberstaatsanwalt Alfred Streim, kennt den Prozeß von Tokio. Er faßt die Anklagepunkte so zusammen: Zentrales Thema war die Tatsache, daß seit 1928 Japans Innen- und Außenpolitik von einer kriminellen militärischen Clique gelenkt worden ist, die zahlreiche Angriffskriege in Ostasien, im Indischen und im Pazifischen Ozean geführt hat.

Am 12. November 1946 verkündete das Tribunal die Urteile: sieben Beschuldigte wurden zum Tode durch den Strang verurteilt und am 23. Dezember 1948 im Sugamo-Gefängnis in Tokio hingerichtet. Ihre Asche wurde in alle Winde zerstreut. 16 Angeklagte erhielten lebenslange, die restlichen zeitlich begrenzte Freiheitsstrafen. Im Gegensatz zu den in Nürnberg verurteilten Naziverbrechern waren die japanischen Verbrecher ohne Ausnahme bereits spätestens 1956 wieder frei. Mamorou Shigemitsu, ehemals Außenminister und in Tokio zu sieben Jahre verurteilt, durfte das Gefängnis bereits nach gut einem Jahr verlassen und war 1954 wieder Japans Außenminister.

Heiner Lichtenstein

Hinterlassenschaft

Hamburg - Einen brisanten Fund machte jetzt eine Frau in Hamburg: Hinter ihrer Küchenspüle entdeckte sie einen Sprengsatz, versteckt in einem Kulturbeutel. Sie hat die Wohnung in der Juliusstraße nach dem Auszug des Neonazis Henry Fiebig bezogen. Fiebig war bis Dezember 1992 Kader der verbotenen „Nationalen Offensive“. Bei einer Hausdurchsuchung fand die Polizei seinerzeit bei ihm Waffen und reichlich NS-Propagandamaterial. Als er in Hamburg auf Flugblättern geoutet wurde und sich eine Demonstration vor seiner Wohnung formierte, schoß Fiebig im Juni 1993 aus dem Fenster auf die dort versammelten Personen. Ein großes Polizeiaufgebot überwältigte ihn seinerzeit. Seit fast zwei Jahren ermittelt die Bundesanwaltschaft gegen ihn wegen der versuchten Gründung einer terroristischen Vereinigung. Er soll an der Erstellung „Eine Bewegung in Waffen“ mitgewirkt haben. Darin wird der Bau von Brandsätzen erläutert, das Leben in der Illegalität beschrieben sowie zum Töten politischer Gegner aufgerufen. H.F.

Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik:

Phantom oder Gefahr?

Rechtsterroristische Gruppierungen machten in den vergangenen Jahrzehnten in der Bundesrepublik durch zahlreiche militante Aktionen von sich reden, es gab eine Reihe von Todesopfern. Den Sicherheitsbehörden gelang es in der Regel, die Rädelsführer dingfest zu machen und die Organisationen zu zerschlagen. Seit den neunziger Jahren wird in der neonazistischen Szene, bedingt nicht zuletzt durch den staatlichen Verfolgungsdruck - elf Organisationen wurden verboten -, wieder die Frage eines möglichen Aufbaus rechtsterroristischer Strukturen diskutiert.

In der Bundesrepublik Deutschland bildeten sich erste rechtsterroristische Tendenzen gegen Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre heraus. Anlaß dazu waren Reaktionen auf Umbruchprozesse im rechtsextremistischen Parteienlager: Wider Erwarten war es der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) nicht gelungen, sich als Wahlpartei im Parteienspektrum zu etablieren, Mitglieder und Wähler wanderten in Scharen ab. In dieser Situation setzten insbesondere jüngere Aktivisten auf einen radikaleren Kurs, der auch die Bereitschaft zur Militanz einschloß. In diesem Zusammenhang bildete sich eine aus kleineren Gruppen bestehende neonazistische Szene heraus, mit offenem Bekenntnis zum historischen Nationalsozialismus. Am Rande dieser Szene kam es auch zur Herausbildung rechtsterroristischer Ansätze.

Rechtsextremistische Durchlaufstationen

Ein Beispiel dafür war die 1972 gegründete „Nationalsozialistische Kampfgruppe Großdeutschland“ (NSKG), eine kleine Gruppe von Fanatikern, die sich als Testamentsvollstrecker Hitlers verstanden. Durch Ermittlungen der Sicherheitsbehörden konnten die sich herausbildenden Strukturen allerdings bereits im Anfangsstadium zerschlagen werden. In diesem Zusammenhang kam es zu zahlreichen Sprengstoff- und Waffenfunden. Beschlagnahmte Unterlagen enthielten

auch Beschreibungen, die deutlich machten, daß man die Handlungsweisen der linksterroristischen RAF nachahmen wollte.

Andere neonazistische Organisationen der siebziger Jahre dienten als eine Art Durchlaufstation für Gewalttäter, die selbstverständlich nicht von heute auf morgen militant werden, sondern eine gewisse politische Sozialisation durchmachen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die sogenannten „Wehrsportgruppen“ zu nennen, wobei es sich um Zusammenschlüsse von angeblich aus sportlichem Interesse soldatisch in der Freizeit agierenden Männern handelte. Tatsächlich wurden diese Aktivitäten aber auch zur politischen, hier rechtsextremistischen Betätigung genutzt. Die bekannteste Gruppe war die 1974 gegründete, zeitweise 400 Mann starke „Wehrsportgruppe Hoffmann“. Aus ihr gingen bekannte Gewalttäter hervor, u.a. Gundolf Köhler, der 1980 einen Anschlag auf das Münchner Oktoberfest mit 13 Todesopfern verübte, oder Uwe Behrendt, der ebenfalls 1980 einen jüdischen Verleger und seine Lebensgefährtin erschoss. Eine direkte Beteiligung an beiden Aktionen konnte der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ allerdings nicht nachgewiesen werden. Unabhängig davon kam es 1980 zu deren Verbot.

Ein weiteres Beispiel für eine neonazistische Organisation als Durchlauf-Station für terroristische Karrieren war die 1975 gegründete „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSBD/PdA). Einer ihrer Aktivisten, Frank Schubert, beging einen Banküberfall und wurde 1980 bei dem Versuch, Waffen über die schweizerische Grenze zu schaffen, von Grenzbeamten gestellt, tötete zwei Beamte und beging anschließend Selbstmord. 1981 kam es zu einer Schießerei von fünf Rechtsextremisten mit Polizeiangehörigen, wobei zwei Aktivisten ums Leben kamen. Einer davon, Kurt Wolfgram, war ebenfalls VSBD/PdA-Angehöriger. Später wurde der Vorsitzende der Organisation, Friedhelm Busse, zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. In seiner Garage stellte die Polizei große Mengen an Sprengstoff sicher. 1982 wurde dann die VSBD/PdA verboten.

Festere Strukturen in den 80ern

Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre bildeten sich festere rechtsterroristische Strukturen im deutschen Neonazismus heraus. Hier wären zunächst die „Deutschen Aktionsgruppen“ (DA) zu nennen, eine kleine Gruppe, die sich um den

bekannten, bislang noch nicht militant agierenden neonazistischen Propagandisten Manfred Roeder geschart hatte. Die DA planten bzw. führten aus: Anschläge zur Verhinderung von Auschwitz-Ausstellungen sowie auf das Bundessammellager für Flüchtlinge und mehrmals auf Asylbewerberheime. Bei einem der Anschläge kamen zwei Menschen ums Leben. 1980 gelang den Sicherheitsbehörden die Festnahme und Inhaftierung der Aktivisten und damit die Zerschlagung der DA. Roeder selbst wurde zu einer 13jährigen Freiheitsstrafe verurteilt.

Am weitesten strukturell entwickelt dürfte bislang die rechtsterroristische „Hepp-Kexel-Gruppe“, benannt nach ihren Führungsfiguren Odfried Hepp und Walter Kexel, gewesen sein. Einerseits verfügte sie über ein relativ hohes intellektuelles und programmatisches Niveau, was sich etwa in der ungewöhnlichen Erklärung „Abschied vom Hitlerismus“ mit positiven Bezügen auf den Nationalrevolutionär Ernst Niekisch und die „Linksnationalsozialisten“ Gregor und Otto Strasser zeigte. Andererseits versuchte sie, die konspirative Tätigkeit und strukturelle Entwicklung der linksterroristischen RAF zu kopieren.

1982 verübte die „Hepp-Kexel-Gruppe“ mehrere Banküberfälle, um ihre Anschläge auf US-amerikanische Militäreinrichtungen finanzieren zu können. Dabei suchten sie sich - im Unterschied zum Linksterrorismus - wahllos Armeeangehörige heraus. Durch Hinweise aus der Bevölkerung kam es später zur Verhaftung der wichtigsten Aktivisten und damit zur Zerschlagung der Gruppe.

„Braune Armee Fraktion“

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre sah sich das neonazistische Spektrum der Bundesrepublik Deutschland zahlreichen Verbotsmaßnahmen der Innenminister von Bund und Ländern ausgesetzt: Seit Ende 1992 wurden bisher elf neonazistische Gruppen verboten, was zu einer großen Irritation der Szene führte. In dieser Situation wurde die Frage eines eventuellen Aufbaus rechtsterroristischer Strukturen zum Diskussionsgegenstand der Szene. Verschiedene führende Aktivisten brachten und bringen mögliche Tendenzen dieser Art in Verbindung mit den Verbotsmaßnahmen gegen neonazistische Organisationen. Könnte man sich nicht mehr frei artikulieren, so der Tenor, sei der Trend hin zu einer „Rechten Armee Fraktion“ möglich.

Tatsächlich haben sich einige Anhaltspunkte für eine mögliche Herausbildung terroristischer Strukturen herausgebildet: Dazu gehört zunächst, daß bei der Diskussion über die gegenwärtige Situation der neonazistischen Szene ein strukturiertes militantes Vorgehen als mögliche Option für die Zukunft in Betracht gezogen wird. Darüber hinaus kursieren verschiedene technische Anleitungen zum terroristischen Vorgehen (z.B. „Eine Bewegung in Waffen“, „Der totale Widerstand“ etc.) Und schließlich muß noch auf die Entdeckung von Granaten, Munition, Schußwaffen und Sprengstoff bei Durchsuchungen einerseits und verschiedenen Sprengstoff- und Waffendepots andererseits hingewiesen werden. Allerdings sind die einzelnen Bereiche bislang nicht erkennbar miteinander verbunden, d.h. aktuell kann nicht von terroristischen Strukturen gesprochen werden. Dazu fehlt es in den genannten Bereichen an einer Verknüpfung von Absichten, Logistik, Sachmitteln, Plänen, Personen, Strukturen und Zielsetzung. Eine „Braune Armee Fraktion“ ist also - derzeit - nicht existent. Darüber hinaus steht die Mehrheit des neonazistischen Lagers derartigen Vorhaben offenbar negativ gegenüber - allerdings nicht, weil man gewalttätiges Vorgehen prinzipiell ablehnt, sondern weil man es in der gegenwärtigen Situation nicht für politisch geboten hält. Terroristisches Vorgehen, so der Tenor, löse automatisch noch stärkere und weitergehende staatliche Maßnahmen gegen das eigene politische Lager aus und legitimiere dies gegenüber der Öffentlichkeit. Das gegenwärtige Fehlen funktionierender rechtsterroristischer Strukturen schließt allerdings weder für die Gegenwart Aktionen von Einzeltätern noch für die Zukunft unter anderen Rahmenbedingungen den Aufbau einer solchen „Braunen Armee Fraktion“ aus.

Bei der weitgehenden Verhinderung des Aufbaus rechtsterroristischer Strukturen sind den Polizei- und Verfassungsschutzbehörden zwar weitgehend Erfolge gelungen. Allerdings kann und sollte die Bekämpfung des Terrorismus nicht allein den Sicherheitsbehörden überlassen bleiben. Bereits im Vorfeld von terroristischen Karrieren fanden sich immer wieder Interventionsmöglichkeiten gesellschaftlicher Kräfte, die das Abkippen in die Militanz verhindern hätten können. Eine solche Möglichkeit besteht in der viel beschworenen, aber viel zu selten angewendeten geistig-politischen Auseinandersetzung, die u.a. auch die Isolation der Gewaltbereiten im eigenen politischen Lager zum Ziel haben sollte.

Armin Pfahl-Traugber

„Vergessene“ Dichter

Vom 30. April bis 8. Mai fand im ober-österreichischen Offenhausen das 33. Treffen „der Schriftsteller und des Freundeskreises“ des 1963 gegründeten „Vereins Dichterstein“ (= „Offenhausener Kulturtage“), einer rechtsextremen Kleingruppe mit kulturpolitischer Zielsetzung, statt. Im Mittelpunkt der jährlich abgehaltenen Veranstaltung stehen Vorträge von Personen aus dem rechtsextremen und deutschnationalen Lager. Zum diesjährigen Dichtersteinschildträger wurde Josef Walter Hampel aus Donauwörth gekürt. Der Joseph-Hieß-Gedenkpreis (H. ist Dichtersteinschöpfer) ging an Otto Scrinzi, einst außenpolitischer Sprecher der FPÖ und heut regelmäßiger Autor in Postillen wie „Aula“, „Fakten“ und „Eckartbote“. Veranstaltungsredner war wie auch im letzten Jahr u.a. Walter Marinovic, einst Bundesobmann des parteiunabhängigen Verbandes der Professoren Österreichs und heute als Autor für die Zeitschrift „Top“ und die „Junge Freiheit“ tätig. Marinovics Thema lautet: „Verfemt, verfolgt, vertrieben, Schicksale deutscher Dichter nach 1945“.

In Prospekten des Vereins wird der „Dichterstein“ als „umfassendstes Denkmal zur Ehrung von (...) Dichtern und Schriftstellern unseres Volkes“ angepriesen, eine „steingewordene Literaturgeschichte, die in ganz Europa keine Vergleichsmöglichkeit hat“ und deshalb „ein Treffpunkt für all jene“ mit „aufrechter Volksgesinnung und Heimattreue“ sei, „die noch an das Gute, Schöne und Wahre glauben können“. Verantwortlich für den „Verein Dichterstein“ zeichnen Ottokar Schöfer, der einst von der FPÖ zur „Nationaldemokratischen Partei“ (NDP) wechselte und Rudolf Nowotny, Vorstandsmitglied der „Wohlfahrtsvereinigung der Glaserbacher“, einem im rechtsextremen Milieu angesiedelten Traditionsverband der ehemaligen Insassen des US-Internierungslagers für belastete NS-Funktionäre und Kriegsverbrecher „Camp Marcus W. Orr“ in Salzburg-Glasenbach. Darunter befanden sich bekannte NS-Größen sowie Angehörige der Gestapo, der SS und des SD.

Im monatlich erscheinenden „Eckartboten“, dem Organ der „Österreichischen Landsmannschaft“, ist über die „Offenhausener Kulturtage“ zu lesen: „In Offenhausen werden die früheren Geistesgrößen dem Vergessen entrissen und lebende Dichter, die sich dem Zeitgeist nicht beugen,

geehrt. Alte Werte wie Vaterlandsliebe, Anstand, Treue und Kameradschaft werden da ebenso geschätzt wie die Erhaltung des eigenen Volkstums“. Geworben wurde für die „Offenhausener Kulturtage“ in den letzten Jahren u.a. in „Nation+Europa“ (NE), dem „Euro-Kurier“ des Tübinger Grabert-Verlages, dem „Informationsdienst“ der „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft“ (DESG), der antisemitischen Hetzpostille „Recht und Wahrheit“ und den „Kommentaren zum Zeitgeschehen“ (herausgegeben von der „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ >AFP<).

Anton Maegerle

Armut und Rechts- extremismus

Das Kritische Forum e.V., eine Initiative an der Gesamthochschule Duisburg, hat im vergangenen Jahr den Studienband „Armut und Rechtsextremismus“ herausgegeben. Zugrundegelegt sind der Dokumentation die Referate einer gleichnamigen Fachtagung, die von der Initiative im Dezember 1994 durchgeführt wurde. Nachgegangen wird in verschiedenen Beiträgen der Frage, inwieweit Armut für rechtsextreme Einstellungen verantwortlich zu machen ist. Dabei werden Zusammenhänge zwischen der gesellschaftlichen Entwicklung, ein immer größerer Teil der abhängig Beschäftigten lebt in sozialer Unsicherheit, und einer möglicherweise daraus folgenden Ausgrenzung von Fremden und Minderheiten sowie der Empfänglichkeit für rassistische Ideologien diskutiert. Festgestellt wird, daß die Angst vor sozialem Abstieg, Arbeitslosigkeit und Armut einen idealen Nährboden für den Rechtsextremismus darstellt. Andererseits weisen mehrere Beiträge darauf hin, daß die Zustimmung für rechtsextremistische Parteien zum großen Teil auch aus der bürgerlichen Mitte stammt, hiermit eine Anfälligkeit für rechtsextremes Gedankengut nicht ohne weiteres aus der sozialen Situation erklärt werden kann.

Armut und Rechtsextremismus - Beiträge zur Diskussion um die „Krise des Sozialen“, Kritisches Forum (Hrsg.), Duisburg 1995 (Studien Bd.1), 132 Seiten. Zu beziehen bei: Kritisches Forum e.V., Lotharstraße 65, 47048 Duisburg, Tel. 0203/370047, Fax. 0203/344677. Preis: DM 12,— plus Versandkosten.

DOKUMENTATION

Chronik der Gewalt

Acht versuchte Tötungsdelikte aus erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer oder rassistischer Motivation registrierte das Bundeskriminalamt nach einer Mitteilung der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag (Drucksache 13/3767) im Jahre 1995. Im einzelnen handelt es sich um folgende Vorfälle:

Haldensleben (Sa.Anh.) - 12.2.1995

17 Mitglieder der rechten Szene überfallen mit Baseballschlägern eine WG.

Sommerfeld (Brandenb.) - 24.3.1995

Ein Unbekannter fährt mit seinem PKW in eine Gruppe schwedischer Bauarbeiter.

Uelzen (Nieders.) - 19.4.1995

Zwei Rechtsextremisten beschimpfen einen Angehörigen der Antifa und verletzen ihn durch Messerstiche.

Castrop-Rauxel (NRW) - 8.6.1995

Ein 54jähriger beschimpft einen pakistanischen Staatsangehörigen und verletzt ihn durch Messerstiche.

Berlin - 11.7.1995

Ein türkischer Staatsangehöriger wird von einem Deutschen bei einem Streit mit Brennsprit bespritzt und angezündet. Das Opfer erlitt leichte Verletzungen.

Halle (Saale) - 9.9.1995

Zwei Rechtsextremisten dringen in eine Wohnung ein und verletzen einen Ausländer mit einem Baseballschläger so schwer, daß das Opfer stationär im Krankenhaus behandelt werden muß.

Friedrichshain (Brandenb.) - 22.9.1995

Fünf Asylbewerber aus Indien werden von Jugendlichen aus einer Diskothek gedrängt und durch Fausthiebe und Fußtritte z.T. lebensgefährlich verletzt.

Leipzig - 15.10.1995

Ein 25jähriger schießt nach tätlicher Auseinandersetzung auf einen Asylbewerber.

HINWEISE

Ludwigshafen/Mainz - „Wer wenn nicht wir?“ nennt sich ein Projekt, das „Schülerbilder gegen Gewalt und Rassismus“ vorstellt und in Ludwigshafen entstanden ist. Daraus ist mittlerweile eine Wanderausstellung geworden, an der rund 100 Schulen aus sechs Bundesländern mit über 4000 Arbeiten von Jugendlichen beteiligt sind. Die Ausstellung wurde bereits an mehr als zwanzig Orten gezeigt.

Ein Teil dieser von Schülern gemalten Bilder wurde jetzt als gleichnamiges Buch herausgegeben, das einen guten Überblick über die Vielseitigkeit und Intensität dieser Arbeiten vermittelt. Als wertvolle Hilfe ist „Wer, wenn nicht wir?“ besonders für Pädagogen und in der Jugendarbeit Tätige zu empfehlen.

Silvia Izi (Hrsg.), Wer wenn nicht wir? Schülerbilder gegen Gewalt und Rassismus, 160 Seiten mit über 50 farbigen und 50 s/w-Abbildungen. Verlag Hermann Schmidt Mainz, Preis DM 38,—.

+++++

Berlin - „Die unsichtbaren Lager. Das Verschwinden der Vergangenheit im Gedenken“ - Nationalsozialistische Konzentrations- und Vernichtungslager nach 50 Jahren - heißt eine Ausstellung, die noch bis zum 23.6. im Haus am Kleistpark, Grunewaldstraße 6-7, 10823 Berlin zu sehen ist. Begleitend zu der Ausstellung finden am 30.5., 31.5. und 1.6. Diskussionsveranstaltungen zur Problematik künstlerischer Auseinandersetzungen mit dem Holocaust statt. Termine: 30.5., 17.00 Uhr im Martin-Gropius-Bau, 31.5. 10-19 Uhr, 1.6. 10-14 Uhr in der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin.

Veranstalter: Kunstamt Schöneberg; Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, Haus der Wannseekonferenz und das Fritz Bauer Institut/Frankfurt.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Institut für Information und Dokumentation e.V.

Vorlag:

Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:

DAVIS BONN GmbH

Druck:

Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,— jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

51. Jahrestag der Befreiung Mauthausens:

Gedenkfeier an einem Ort des Schreckens

Anlässlich des 51. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen sowie des Mauthausener Außenlagers Gusen am 5. Mai fand in der Gedenkstätte im österreichischen Mauthausen eine Feierstunde statt. Zahlreiche internationale Delegationen sowie Verbände ehemaliger KZ-Häftlinge und deren Angehörige waren erschienen. Das Konzentrationslager, in dem alle europäischen Nationen vertreten waren, wurde am 5. Mai 1945 befreit, für mindestens 100.000 Häftlinge waren die Befreier aber zu spät gekommen. Als Hauptredner der Gedenkveranstaltung, die auch von den Sinti und Roma in Österreich mitgestaltet wurde, waren Innenminister Caspar Einem (SPÖ) und EU-Kommissar Franz Fischler gekommen. Caspar Einem warnte in seiner Rede vor jenen Entwicklungen und Verhaltensweisen, die dem Nationalsozialismus den Boden bereitet hatten und schließlich in den Konzentrations- und Vernichtungslagern ihren entsetzlichen Höhepunkt fanden: „Nicht die Wiederkehr von Mauthausen ist die Gefahr, vielmehr die Wiederkehr von Haß und Aufputschung als Mittel der Politik“, so der Minister. Franz Fischler betonte, daß wer an Europa baut, gleichzeitig den Nationalismen den Weg verbaue. Und im Zusammenhang mit der Frage nach der Schuld für die Greuel des NS-Regimes erklärte Fischler, er sei „fassungslos, wenn in Österreich aus billigem Populismus jemand vor Gruppierungen hintritt, in deren Reihen viele Täter sind, und erklärt, daß er stolz auf deren Gesinnung sei“.

Das KZ Mauthausen, dem zeitweilig bis zu 50 Nebenlager angehörten, war von Anfang an auch als Vernichtungslager konzipiert. Neben der todbringenden Arbeit in den Steinbrüchen und beim Transport der Steine durch die sogenannten „Todesstiege“ wurden die Häftlinge durch Massenerschießungen, mittels Gaswagen und einer Gaskammer, bei „wissenschaftlichen“ Versuchen (darunter Hormonversuche, Läuseversuche, Ernährungsversuche, Impfstoffverträglichkeitstests) und, nach Beendigung der Aktion T4, in der Euthanasie-Anstalt Schloß Hartheim ermordet.

Vom Frühjahr 1942 bis April 1945 (letzte Vergasung am 28.4.) wurden in der Gaskammer in Mauthausen zwischen 4.000 und 5.000 Häftlinge mit Zyklon B vergast. Auch im Außenlager Gusen sind Vergasungen mit Zyklon B in abgedichteten Baracken nachgewiesen. Ausschlaggebend für die Errichtung des KZs Mauthausen war der Erwerb von Steinbrüchen durch die am 29. April 1938 in Berlin u.a. von leitenden Funktionären der SS gegründeten „Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH Mauthausen“ (DEST).

Das KZ Mauthausen, von dem die Umfassungsmauern samt Stacheldraht, einige Häftlingsbaracken rund um den Appellplatz, zwei Krematoriumsöfen, die Gaskammer, die Exekutionsstätte und der Steinbruch Wiener Graben samt „Todesstiege“ vollkommen erhalten sind, wurde im vergangenen Jahr von 243.473 Besuchern, darunter 88.000 Schülern aufgesucht. Anschlossen ist dem Gelände seit 1970 ein umfangreicher Museums-trakt.

Friedrich Klein

„Gedenksteine“ für Synagogen

Das Salomon-Ludwig-Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte in Duisburg arbeitet mit der Synagogen-Gedenkbuch-Gruppe in Jerusalem an einer Dokumentation der 1938 in Deutschland existierenden und in der Folge zumeist zerstörten 1406 Synagogen und Beträume. Auf israelischer Seite wird das Projekt maßgebend von Prof.em.Dr. Meier-Schwarz betrieben, der sich mit einer kleinen Gruppe israelischer Wissenschaftler vor acht Jahren das Ziel gesetzt hat, den zerstörten Synagogen gleichsam „Gedenksteine“ zu setzen; sie haben bisher Daten über 3.500 zusammengetragen. Dokumentiert werden Ort, Gründung, Zerstörung, ggfs. Wiederaufbau der jüdischen Gotteshäuser. Ferner werden Augenzeugenberichte und Abbildungen erfaßt. Es wird auch der etwa 1000 Opfer der Pogromnacht am 9. November 1938 gedacht. Die dreisprachige Dokumentation wird etwa 3000 Seiten umfassen, eine erster Veröffentlichung der in Duisburg fortgeführten Arbeit ist zum 60. Jahrestag der Nazipogrome am 9. November 1996 geplant. Mit der Dokumentation kann auch die Behauptung der Nazis widerlegt werden, ihrem Wüten seien „nur“ 191 jüdische Gotteshäuser zum Opfer gefallen.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Rechtsextremistische Periodika in 1996

Berücksichtigt wurden „Nation+Europa“ 5/96, „Deutsche National-Zeitung“ 17-19/96 und „Junge Freiheit“ 16-20/96:

„Nation + Europa“ (NE)-46.Jg.-5/1996;

Die Autoren des Maiheftes sind angetreten, einer entmutigten Rechten wiederum Trost zu spenden. Schönuber über political correctness, prägt - nach Goethes Egmont - den Begriff der „Albaisierung“ des deutschen Volkes, spricht Kindsköpfigkeit. Solidarisiert sich mit Rudolf Augstein ob der Kritik an dessen antisemitischen Entgleisungen, an die sich Marlon Brandos vergleichbare Entgleisungen anfügen (N+E bietet Schönhuber-Interview zu den - wie kann es anders sein - Grundfragen der Zeit mit „Historiker Karl Höffkes“ als Video an). Armin Mohler spendet in einem Beitrag über Liberalismus, gemeint Linkoliberalismus, der erfolglosen deutschen Rechten Trost, die sich - anders als der „Normaldeutsche“ - nicht in den „Massenhedonismus“ einfüge. Sie seien vielmehr die Realisten, die sich fernab der ihnen fehlenden Philosophie anders als die Idealisten = Liberalen um das kümmern, was unmittelbar auf der Haut brennt. Ein REP-Jugendbeauftragter macht - bei aller grundsätzlichen Ablehnung von Rockmusik - deutlich, warum „die Rechte“ Rechtsrock als „identitätsstiftende(s) Kommunikationsmittel im Auge behalten“ sollte. Gute Ergebnisse wurden bei den Landtagswahlen angeblich nur dort erzielt, wo der Einigungsprozeß Fortschritte machte; versteckte Enttäuschung daß die Wahl in Baden-Württemberg nicht den Schönhuber-Konkurrenten Schlierer killen half, dem Isolationismus vorgeworfen wird. Schwerpunkt ist die Bildungspolitik. Karl Richter: Erkrankungen am Bildungssystem bedrohen das Lebensmark einer Gesellschaft, Symptome sind fehlende Kenntnis von Prozent- und Kopfrechnung und Dreisatz, der kleine Chinese wird gegen den dummen Lehrersohn aus Frankfurt-Mörfelden ausgespielt, der den Niedergang des Standortes Deutschland bewirkt. Schuld an allem ist natürlich Umwertung der Werte durch die Frankfurter Schule.

„Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) - 45.Jg.;

Die „Drahtzieher“ der Wander-Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“, darunter der Millionenerbe Jan Philipp

Reemtsma, werden von der DNZ „entlarvt“ (17/96). Schützenhilfe leistet die DNZ dem US-Schauspieler Marlon Brando, der wegen seiner Äußerung, daß „Hollywood von Juden kontrolliert“ würde, sogar bedroht werde, obwohl er, wie die DNZ glauben machen will, recht hatte (17/96). Der russische Ultranationalist und Möchtgern-Staatspräsident Wladimir Schirinowskij betont in einem „Exklusiv-Beitrag“ für die DNZ sein gutes Verhältnis zu Dr. Frey und der DVU (18/96). Zum 51. Jahrestag der Befreiung berichtet die DNZ von der „Siegerwillkür“, unter der die deutsche Bevölkerung zu leiden hatte (18/96). Bezüglich Auschwitz werden wieder einmal die Opferzahlen heruntergerechnet und mit den an Deutschen begangenen Grausamkeiten von sowjetischer und polnischer Seite verrechnet (19/96).

„Junge Freiheit“ (JF) - 11.Jg.:

Ein Bericht über den Führungswechsel in der saarländischen SPD wird mit einer Breitseite auf den SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine vermengt (16/96). Die JF stuft die jüngsten FDP-Wahlerfolge als nicht hilfreich für die rechte „Liberale Offensive“ ein. Als Dokument wird der „deutschsprachigen Öffentlichkeit“ die Rede des italienischen Postfaschisten-Führers Gianfranco Fini präsentiert, mit der dieser auf dem Gründungsparteitag seiner „Alleanza Nazionale“ im Januar 1995 seine Anhängerschaft zum Gesinnungswandel beschworen hat (16/96). Ins Visier der JF sind die Magdeburger Ermittlungsbehörden geraten, da diese angeblich gegen ausländische Straftäter zu lasch ermittelten (17/96). Die Überschrift „Der Polit-Klimbim der Ochsenköpfe“, mit der die mecklenburgische Regierung bedacht wird, gehört wohl in die Rubrik Verunglimpfung (17/96). Andreas Mölzer setzt eine Parlamentarische Anfrage der SPÖ bezüglich des rechten Militärhistorikers Heinz Magenheimer mit Stasi-Methoden gleich (17/96). Manfred Brunner, Vorsitzender des ultrarechten „Bundes Freier Bürger“ bewertet im Interview die Zukunftschancen der Nationalliberalen und „das Immunsystem des deutschen Volkes“ (18-19/96). In der Diskussion um das geplante Holocaust-Denkmal am Wiener Judenplatz reiht sich die JF deutlich in die Ablehnungsfront ein (18-19/96). Der französische Cheftheoretiker Alain de Benoist gibt in einem Leitartikel über den Fall des Abbé Pierre seine Positionen zur Relativierung des Holocaust kund (20/96). Ein Bericht über „antifaschistische Krawalle“ bei einem burschenschaftlichen „Maiansingen“ in Heidelberg rückt die schon totgeglaubte Volksfront bei der gewerkschaftlichen 1.Mai-Kundgebung ins rechte Licht (20/96).

BÜCHERSCHAU

Haiders Worte

Über den österreichischen Freiheitlichen-Chef Jörg Haider wird kontrovers diskutiert: Je nach politischem Standort oder analytischen Prioritäten werden Etiketten wie Populist, Rechtsextremist, Sozialdemagoge oder Stimme des „kleinen Mannes“ vergeben. Die von der Historikerin und Sozialwissenschaftlerin Brigitte Bailer-Galanda zusammengestellte Dokumentation „Haider wörtlich, Führer in die Dritte Republik“ listet eine Reihe von Selbstzeugnissen aus Artikeln, Aufsätzen, Büchern, Interviews, Reden und Stellungnahmen Haiders auf, die dahingehende Klarheit schaffen können.

Zunächst nimmt Bailer Galanda allerdings den Versuch einer Charakteristik Haiders vor, skizziert seinen Aufstieg zum Parteichef, die Entwicklung der FPÖ unter Haider sowie die Sicht der Partei im Ausland. Anschließend werden seine Auffassungen anhand verschiedener Politikfelder dokumentiert - vom Abschied vom Liberalismus und dem Österreichpatriotismus über die Volksgemeinschaftsideologie und Kritik an der Demokratie, seinem Frauen- und Geschichtsbild bis hin zu den Feindbildern und dem Verhältnis zum rechtsextremistischen Lager. Als Ergebnis ihrer Arbeit formuliert die Autorin: „Eine Analyse von Haiders inhaltlichen Aussagen ergibt eine klare Übereinstimmung seiner weltanschaulichen Ausrichtung

mit den ... Bestimmungsmerkmalen rechtsextremer Ideologie“ (S. 23). Als Leitkonzept für die staatliche Ordnung finden wir bei Haider das auch für rechtsextreme Ideologie zentrale Konzept der ‘sozialen Volksgemeinschaft’“ (S. 26). Und er „versucht die Freiheitlichen zu einer Partei zu machen, die sich einer modernisierten Ausdrucksweise traditioneller rechtsextremer Inhalte bedient und damit den Positionen der sogenannten ‘Neuen Rechten’ zuzuordnen ist“ (S. 22).

Die Dokumentation liefert eindrucksvolle Belege für die Einschätzung von Bailer-Galanda. In der Tat scheint sich eine Grundlinie von Haiders Weltanschauung noch aus politisch aktiven Schülerzeiten bis in die Gegenwart als Freiheitlichen-Chef zu erstrecken. Die jeweiligen Zitate zu den genannten Politikfeldern belegen das Spannungsverhältnis zu den Wertvorstellungen eines modernen demokratischen Verfassungsstaates. Insgesamt konzentriert sich die Darstellung aber all zu stark „auf die äußerst rechten Elemente in den Einstellungen Jörg Haiders“ (S. 33), andere Aspekte berührt Bailer-Galanda nur am Rande. So deutet sie die Bedeutung des Populismus für Haiders Erfolg nur an und erörtert auch nicht den Zusammenhang dieser Agitationstechnik mit Rechtsextremismus.

Armin Pfahl-Traugher

Brigitte Bailer-Galanda, Haider Wörtlich: Führer in die Dritte Republik. Dokumentation, Wien 1995 (Löcker-Verlag), 191 S., 38 DM

Tagebuch

Berg/Bayern - Im Jahrbuch „Deutsche Annalen 1996“, das vom rechtsextremen Druffel-Verlag (Berg) herausgegeben wird, greifen in der diesjährigen (1996) Ausgabe nicht nur einschlägig bekannte Rechtsaußen wie Franz Schönhuber, Andreas Molau und Jürgen Schwab zur Feder, sondern auch der Leipziger Sascha Jung (SPD), Initiator und Führer des rechtspopulistischen „Hofgeismarer Kreises“, eines Splitters am Rande der sächsischen Jungsozialisten. Dieser untersucht, wie „Nation+Europa“ (NE) zu berichten weiß, den „Stellenwert des nationalen Gedankens in der deut-

schen Sozialdemokratie und dessen Einfluß auf den Europabegriff seiner Partei.“

Berlin - In einem Rundschreiben tritt Ulrike Guleikoff für die „Freunde der Jungen Freiheit“ an die Abonnenten der „Jungen Freiheit“ (JF) heran. Anliegen des Schreibens ist eine Spendenkampagne zugunsten der JF. Die Spenden sind steuerlich nicht abzugfähig, da die „Freunde der Jungen Freiheit“ nicht über die Gemeinnützigkeit eines eingetragenen Vereins verfügen. Die, weiterhin nicht veröffentlichten, Abozahlen der JF, so der Bettelbrief, „steigen langsam aber sicher“. Weitere Abonnenten sollen durch diese Aktion hinzugewonnen werden. „Ein umfangreiches Werbeprogramm (Prospektverteilungen, Anschreiben von

Interessenten, Anzeigen in der Tagespresse) ist schon ausgearbeitet. Hochmotivierte Mitarbeiter und freiwillige Helfer stehen bereit.“

Berlin/Thüringen - Vom 24. bis 27. Mai will sich an einem bisher geheimgehaltenen Ort in Thüringen die Jugendorganisation der „Republikaner“ unter der Bezeichnung „Republikanische Jugend“ bundesweit konstituieren. Ebenso soll an diesem Wochenende der Aufbau eines bundesweiten Organs des neugegründeten Bundesverbandes der REP-Jugend erfolgen.

Bonn - Stark rückläufig ist nach einer Mitteilung der Bundesregierung an die PDS-Abg. Ulla Jelpke die Zahl der Brandanschläge mit vermuteter rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Motivation. 1995 wurden (vorläufig) 33 solcher Straftaten gezählt nach 80 im Vorjahr 1994 und 284 im Jahre 1993. Die Aufklärungsquote hat sich leicht verbessert, in 13 der 33 Fälle wurden Tatverdächtige ermittelt (1993: 53 von 284; 1994: 21 von 80, s. Bundestagsdrucksache 13/3826).

Bonn - Rechtsextremistische Gruppierungen aus dem In- und Ausland nutzen zunehmend den weltweiten Rechnerverbund Internet zum Informationsaustausch. Dies bestätigte die Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage der Bündnisgrünen. Vor allem im „Thule-Netz“ würden die Rechtsextremisten dann ohne große Hindernisse in Deutschland verbotene Propagandaschriften verbreiten, die via Internet über das Ausland eingeschleust werden. Dem Bundesamt für Verfassungsschutz sollen im „Thule-Netz“ zwölf deutsche und drei Mailboxen in Norwegen, Österreich und den Niederland bekannt sein. Weiterhin existierten zwei weitere Mailboxen außerhalb des „Thule-Netzes“, von denen eine den „Republikanern“ zuzurechnen sei.

Bonn/Weimar - Nach Meinung von Bundesjustizminister Ezard Schmidt-Jortzig (FDP) hat nach 1945 in der Bundesrepublik Deutschland keine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus stattgefunden. Bei der Eröffnung einer Ausstellung über Justiz und Nationalsozialismus in Weimar kritisierte der Justizminister: „In der deutschen Nachkriegsjustiz fanden sich in großem Umfang dieselben Richter und Staatsanwälte wieder, die auch unter Hitler tätig gewesen waren“. Vor diesen Tatsachen würden auch heute noch viele lieber die Augen verschließen, so Schmidt-Jortzig. Dies sei heute insbesondere wichtig, weil

rechtsextremistisches Gedankengut und brutale Angriffe auf Ausländer und Behinderte immer wieder zeigten, „zu welch menschenverachtendem Tun Menschen fähig sind“. Der FDP-Politiker forderte auf, jeder Erscheinungsform von Gewalt entschieden entgegenzutreten.

Dachau/München - Der Freistaat Bayern wird noch in diesem Jahr sechs Millionen Mark, die er aus Mitteln der Privatisierung der Bayerischen Versicherungskammer eingenommen hat, für den Erhalt und die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Dachau bereitstellen. Dies verkündete der Minister Kurt Faltlhauser, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, bei der Feier auf dem Gelände des ehemaligen KZs Dachau anlässlich des 51. Jahrestags der Befreiung des KZs durch die Amerikaner am 29. April. Rund 600 Besucher, darunter 150 ehemalige KZ-Häftlinge, waren zu der Gedenkfeier erschienen. Zwischen 1933 und 1945 waren im KZ Dachau, dem ersten deutschen Konzentrationslager, insgesamt 206 000 Menschen inhaftiert, mehr als 31 500 starben dort. Max Mannheimer, der Vorsitzende der Lagergemeinschaft Dachau betonte, man dürfe „den Schmerz nicht unterdrücken, die Schuld nicht vergessen, das Vergangene nicht verdrängen“.

Döhle/Lüneburger Heide - Zur traditionellen Frühjahrstagung des neugermanischen „Bundes der Goden“ fanden sich rund 60 Teilnehmer in Döhle (Lüneburger Heide) ein. Goden-Vorsitzender ist August F. Ventker, Alter Herr der Burschenschaft Askania Hamburg und Leserbriefschreiber in der NS-apologetischen Zeitschrift „Der Scheinwerfer“ und der zwischenzeitlich eingestellten antisemitischen Postille „Die Bauernschaft“. Zugewogen bei der Veranstaltung waren auch der einstige Rechtsterrorist Manfred Roeder und Ernst Otto Cohrs vom „Weltbund zum Schutz des Lebens“ (WSL).

Erlangen - Am 3. Mai führte der „Bund für Geistesfreiheit“ unter Führung von Georg Batz eine Veranstaltung mit dem wegen seiner Euthanasiehesen umstrittenen „Bioethiker“ Peter Singer durch. Batz ist zugleich Leiter des „Aktionszentrums Mittelfranken“ der FDP-nahen „Thomas-Dehler-Stiftung“. Batz machte es möglich, daß auf Veranstaltungen der „Thomas-Dehler-Stiftung“ auch notorische Holocaustleugner wie der Schweizer Revisionist Arthur Vogt und der neurechte Ideologe Pierre Krebs vom „Thule-Seminar“ ihre Propaganda verbreiten konnten. Geworben wird

für Veranstaltungen des „Bundes für Geistesfreiheit“ und der „Thomas-Dehler-Stiftung“ in einschlägigen Postillen; so u.a. in der „Jungen Freiheit“ und in „Criticon“.

Gera/Thüringen - Die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) veranstaltete am Osterwochenende im thüringischen Gera eine Osterschulung. Als Referenten waren auf der Veranstaltung (60 Teilnehmer) u.a. Udo Voigt, frischgekrönter NPD-Bundesvorsitzender, Reinhold Oberlercher („Deutsches Kolleg“), führender Wanderprediger und Publizist in Sachen einer „Neuordnung Deutschlands“, der sein Programm am liebsten mittels putschistischer Pläne in die Realität umsetzen möchte und Albert Lämmel, Kopf des ultrarechten Einmann-„Arbeitskreis Demokratisches Geld-Steuer-Bodenrecht“ (Sitz: Rastatt/Baden-Württemberg), zugegen. Diskutiert wurden u.a., so das Nationale Infotelefon (NIT) Rheinland, „Arbeitsweisen wirksamer Anti-Antifa-Arbeit“.

Hamburg/Riga (Lettland) - Die „Aktion Reiskorn e.V.“ des Deutsch-Letten Joachim Siegerist rief Anfang Mai in großformatigen Anzeigen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu Spenden für Lettland auf. Die gemeinnützige Hilfsorganisation war im Winter 1992 von Siegerist ins Leben gerufen worden. In Zusammenarbeit mit der Hamburger Johanniter-Hilfe betrieb er in Riga eine Suppenküche für Bedürftige, die er propagandistisch für Wahlkampfw Zwecke ausnutzte. Der besagte Spendenaufruf wirkt insofern befremdlich, als er mit einer Rückblende auf das Kriegsende beginnt und die Letten nur als unschuldige Opfer Stalins darstellt. Seine Sympathie für die ehemaligen lettischen Waffen-SSler hatte Siegerist - Vorsitzender der ultrarechten „Deutschen Konservativen“ - schon 1993 in einem Rundschreiben bekundet.

Hamburg/Villingen-Schwenningen - Die revanchistische Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ (Hamburg) gibt ihrem Leserkreis kund, daß eine „Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur e.V.“ (Villingen-Schwenningen) einen „Förderpreis für Bildende Kunst“ in Höhe von 10.000 Mark gestiftet habe. Vorsitzende der Gesellschaft ist Lisbeth Grolitsch, einst Gau-Unterführerin im „Bund deutscher Mädel“ (BDM), zugleich Präsidentin des österreichischen Zweiges des „Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes e.V.“ (DKEG). Als Geschäftsstellenleiter fungiert Sepp Biber von der rassistischen „Artgemeinschaft“ und der verbote-

nen „Wiking-Jugend“. Rechtsberater ist der Jurist Wolfgang Huber, der einst über viele Jahre hinweg die Rechtsabteilung beim NPD-Parteivorstand leitete. Geworben wird für den „Förderpreis“ auch in „Nation+Europa“ (NE).

Heidelberg - Mitarbeiter des Zentralrats deutscher Sinti und Roma (Sitz: Heidelberg) haben im April in Argentinien nach flüchtigen ehemaligen SS-Ärzten gefahndet. Wie der Zentralrat in Heidelberg mitteilte, galt die Suche einstigen Ärzten, die 1943 und 1944 im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau an der Ermordung von Sinti und Roma beteiligt gewesen seien. Die Mitarbeiter suchten nach Angaben des Zentralrats im Archiv des argentinischen Außenministeriums vor allem nach Hinweisen auf den früheren SS-Arzt Hans König, Mitarbeiter des KZ-Arztes Josef Mengele. Gegen König bestehe ein internationaler Haftbefehl. König habe wie Mengele im sogenannten „Zigeunerlager“ in Auschwitz an Selektionen von Häftlingen für die Gaskammer teilgenommen. Der Zentralrat hat zugleich dem Dachverband der Jüdischen Gemeinden Argentiniens eine Namensliste mit ehemaligen SS-Männern übergeben.

Klagenfurt (Österreich) - Der 24jährige Ex-Söldner der Kroaten in Bosnien Harald Stefan Trupp wurde von einem Klagenfurter Gericht zu elf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Das Gericht befand den ehemaligen Polizeischüler aus Kärnten für schuldig, an der Ermordung eines deutschen Kameraden in Bosnien im August 1993 beteiligt gewesen zu sein. Bei dem Mitangeklagten Wolfgang Niederreiter, ebenfalls Ex-Söldner, erkannten die Geschworenen auf „nicht schuldig“. Bereits Ende vergangenen Jahres waren die Deutschen Falk Simang und Ralf Rüdiger Mrchaz, die an dem Vorfall ebenfalls beteiligt waren, vom Memminger Landgericht wegen Mordes zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt worden (vgl. BNR 1/96). Alle fünf hatten sich im Krieg in Bosnien-Herzegowina einer paramilitärischen Einheit unter dem kroatischen General „Tuta“ angeschlossen. Der Staatsanwaltschaft bezeichnete die Gruppe als einen „Söldnerhaufen außerhalb des Gesetzes“.

München - Manfred Brunner, Vorsitzender des rechtslastigen „Bundes freier Bürger“ (BfB) hat dazu aufgerufen, „das Immunsystem des deutschen Volkes zu stärken“. Bei der 1.Mai-Veranstaltung des BfB im Münchner Löwenbräukeller, zu der

etwa 1.200 Teilnehmer erschienen waren, verkündete Brunner seine Botschaft, daß es zwar immer „Bazillen, Viren oder Krankheitserreger geben“ würde, das deutsche Volk jedoch sein Immunsystem dagegen stärken könne. Das wie empfahl Brunner mit der rhetorischen Frage: Wie lange kann ein Volk andere von seiner Substanz zehren lassen?“ Der den „Republikanern“ nahestehende General a.D. Reinhard Uhle-Wettler bezeichnete die Meinungsfreiheit als gefährdet und forderte eine „geistig-moralische Erneuerung mit einer freien und wahrheitsgemäßen Geschichtsschreibung“ ohne „gesetzliche Verbote und volkspädagogische Vorgaben. Als „Meinungsmanipulation“ bewertete er die „unseligen Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse“.

Paris (Frankreich) - Rund 12.000 Anhänger des rechtsextremistischen Front National zogen zum 1. Mai durch die französische Hauptstadt. Sie forderten die Ausweisung von Ausländern und die soziale Bevorzugung von Franzosen.

Pforzheim (Baden-Württemberg) - Der ehemalige Marketing-Manager des Waschmittelkonzerns Lever Sunlicht, Leo Thenn (69), bis in die jüngste Zeit Funktionär der „Republikaner“ in Baden-Württemberg und regelmäßiger Leserbriefschreiber in der Monatszeitschrift „Nation+Europa“ (NE), propagiert in einem internen Schreiben an mehrere ultrarechte bis rechtsextreme Parteien und Vereine den „Zusammenschluß der deutschen Rechtsparteien“. An der Spitze seines von ihm als „Pforzheimer Modells“ (Pforzheim ist der Wohnort von Thenn) bezeichneten visionären Projekts, soll kein Bundesvorsitzender, sondern ein Gremium von neun Personen stehen. Diese sollen gemeinsam die Gründung der Partei „Vereinigte Rechte“ (VR) bis Anfang des nächsten Jahres vorbereiten. Der Zusammenschluß soll folgende Parteien/Vereine umfassen: „Bund Freier Bürger“ (BFB), „Die Deutschen Konservativen“, „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH), „Republikaner“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und die „Deutsche Volksunion (DVU). Thenn hat auch bereits die entsprechenden Ressorts für sein Wunschprojekt vergeben: Manfred Brunner (Finanzen+Gesundheit), Joachim Siegerist (Umwelt+Entwicklung), Harald Neubauer (Wirtschaft+Arbeit), Rolf Schlierer (Justiz und Inneres), Udo Voigt (Verkehr und Bauwesen), Gerhard Frey (Forschung+Post), Uhle-Wettler (Verteidigung+Auswärtiges).

Adresse:

Prag (Tschechien) - Anlässlich der Holocaust-Gedenkfeiern in Israel wurde im April in Prag nach über drei Jahre währenden Restaurationsarbeiten die Pinkas-Synagoge wieder eröffnet. In ihren Mauern sind die Namen von annähernd 80 000 von den Nazis ermordeten tschechischen Juden eingraviert. Etwa die Hälfte der Ermordeten waren Prager Juden. Die jüdische Gemeinde Prags zählt heute rund 3000 Mitglieder, vor dem Krieg waren es 150 000.

Schwabach/BRD-Kopenhagen/Dänemark - Ein „Komitee >Freiheit für Gerhard Lauck<“ ruft zur Solidarität mit dem Leiter der NSDAP/AO auf. Das Komitee, im Inland postalisch über ein Postfach im bayrischen Schwabach und im Ausland über ein Postfach im dänischen Kopenhagen erreichbar, fordert gleichgesinnte Kameraden dazu auf, Informationsveranstaltungen und Demonstrationen für Lauck durchzuführen.

Stuttgart - Der „Canstatter Kreis - Gesellschaft für staatsbürgerliche Bildung“ hat Hans-Ulrich Kopp - ehemaliger Redakteur der „Jungen Freiheit“, ehemaliger Sprecher des „Republikanischen Hochschulverbandes“ und Schriftleiter des „Witikobriefes“ - zum außerordentlichen Vorstandsmitglied bestellt. Der „Canstatter Kreis“ um den Stuttgarter FDP-Rechtsaußen Manfred Roth („Wir sind gegen den Werteverfall, ausufernde Staatsvorsorge, multikulturelle Gesellschaft, Ausverkauf nationaler Interessen“) machte in der Vergangenheit mit Veranstaltungen mit Jörg Haider, Alexander von Stahl, Dr. Alfred Mechttersheimer und Dieter Stein von sich reden.

Wolfurt/Österreich - In Österreich hat sich ein „Freundeskreis Walter Ochsenberger“ konstituiert, der die publizistische Arbeit des Neonazis und Antisemiten Ochsenberger u.a. mit finanziellen Mitteln unterstützt. Bis zum Jahresende, so der Vorsitzende Mario Reit, soll der Aufbau der neuen Zeitschriften von Ochsenberger „Phoenix“ und „Top-Secret“ (Bezugsadresse: Wolfurt/Österreich) abgeschlossen sein. Abonnenten der beiden Blätter gebe es nicht nur im deutsch-sprachigen Raum, sondern auch in Übersee, so Reit.